

Mehr Insolvenzen als in der Finanzkrise

Der Turbo für die Pleiten

Von Dirk Meyer

Investitions-Booster“ und „Infrastrukturturbo“ – das Programm zur Wirtschaftsstärkung und das 500-Milliarden-Euro-„Sondervermögen“ sollten es richten, was über Jahrzehnte politisch verschlafen wurde. Doch Kredite, für die marode Infrastruktur vorgesehen, versickern in den tiefen Kratern der Sozialhaushalte – nichts für morgen, aber es reicht für die Ansprüche heute. Stattdessen eine Erbschaftsteuerdiskussion, die – falsch gemacht – Unternehmen kostet. Demokratiekritik am offenen Herzen als Ausdruck der Diktatur der Mehrheit über die Minderheit?

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Zentrum der Insolvenzforschung, berichtet jüngst für das Gesamtjahr 2025 in Deutschland über 17.604 Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften – dem höchsten Stand seit 2005. Leidtragende sind unter anderem 170.000 Beschäftigte dieser Unternehmen. Selbst in Zeiten der großen Finanzkrise 2009 lag die Zahl rund fünf Prozent niedriger. Besonders betroffen ist das gesamte Baugewerbe mit einem Anstieg von Januar bis Oktober 2025 um 9,3 Prozent relativ zu 2024. Nachholeffekte aus der Pandemie und der jahrelangen Niedrigzinspolitik scheiden als Erklärungsgründe weitgehend aus, da auch die Frühindikatoren ansteigen. Fazit: Ordnungspolitisch stimmige Rahmenbedingungen statt aktivistische Markteingriffe und Staatsdirigismus – wer hätte es noch nicht gehört? Vielleicht die Politik?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Kampf gegen den Linksextremismus

Die schützende Hand in Berlin

Von Michael Paulwitz

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) will künftig härter gegen Links- und Klimaextremisten vorgehen. Das hört sich gut an, besonders vor Wahlen, wie sie der CSU in Bayerns Kommunen demnächst wieder ins Haus stehen. Das rituelle Aufheulen von Grünen und Linken mag getrost als Bestätigung genommen werden, daß der Innenminister hier zumindest in die richtige Richtung zielt.

Ob den Worten auch Taten folgen und ob letztere dann auch Wirkung entfalten, steht freilich auf einem anderen Blatt. Zumal die Linksterroristen im etablierten Politik- und Medienkomplex reichlich Sympathisanten haben, die bereitwillig die schützende Hand über sie halten. In Berlin haben die Linken nach dem Anschlag auf die Stromversorgung der Hauptstadt schon mal intern die Parole ausgegeben, gar nicht erst über den linksextremen Stallbruch der Täter zu reden.

Wollte Dobrindt tatsächlich die linksextremen Netzwerke „ausleuchten“ und womöglich genauer hinschauen, wer Terroristen vom Schlage der „Vulkangruppe“ eigentlich finanziert und all die Jahre ungestört gewähren ließ, würde die Spur vermutlich rasch in die eigene Regierung führen.

Schwarz-Rot läßt das Steuergeld noch üppiger auf die radikallinke Szene regnen als selbst die Vorgängerregierung. Solange auch die Unionsminister dieses Spiel artig mitspielen, bleiben die markigen Ankündigungen des Alexander Dobrindt eben doch nur wohlfeile Wahlkampfretorik.

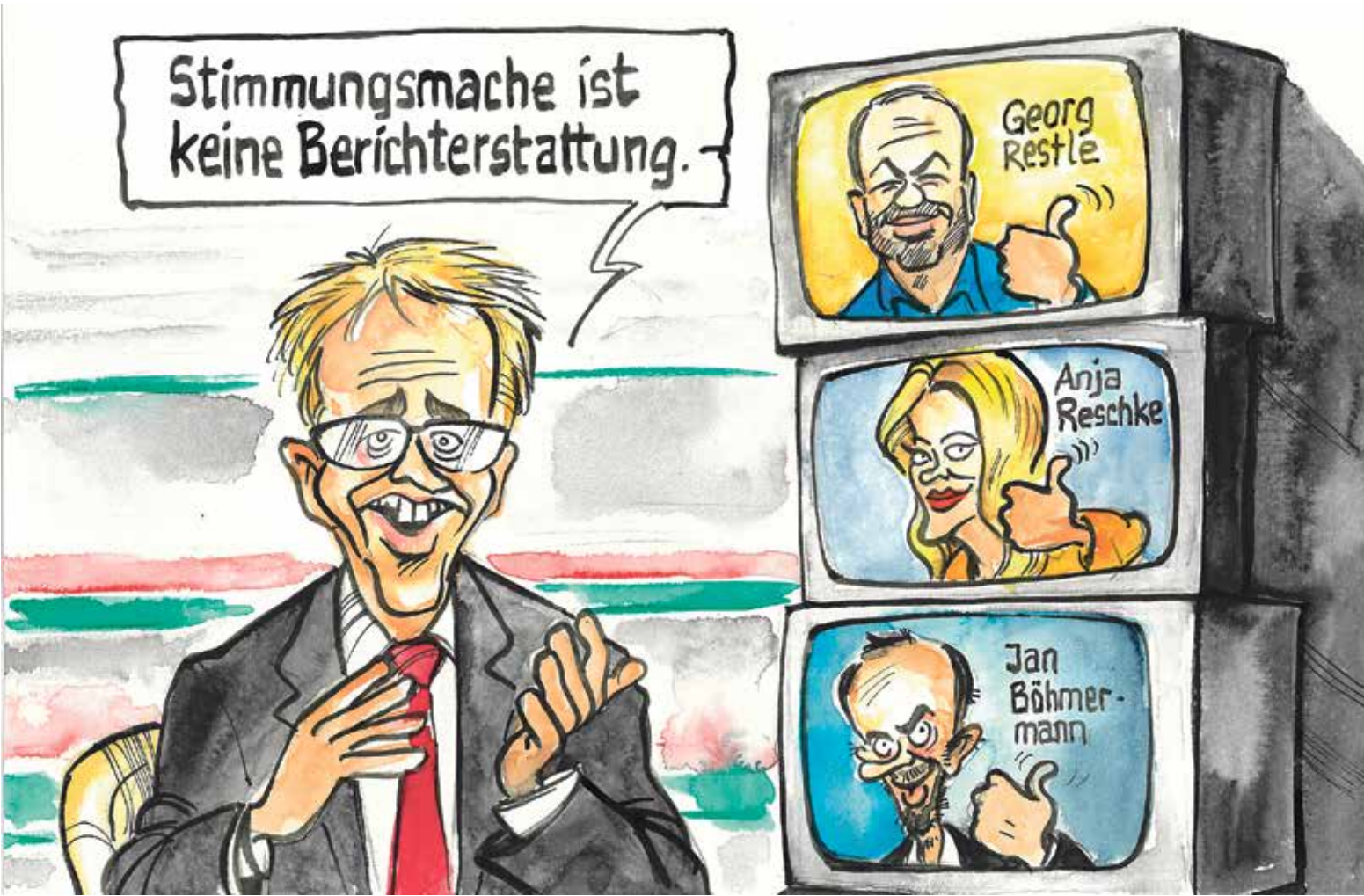
Erstmal auf Distanz zu Weimer und Merz

Amigo bleibt Amigo

Von Fabian Schmidt-Ahmad

Die Antwort des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder zum Ludwig-Erhard-Gipfel fiel knapp aus: „Wir werden die Unterstützung für 2026 aussetzen, sowohl mit der Schirmherrschaft als auch beim Staatsempfang.“ Zur Erinnerung, die hochpreisige Lobbyveranstaltung wird von der Weimer-Media-Group organisiert. Allerdings ist Wolftram Weimer, ein enger Vertrauter des Bundeskanzlers, mittlerweile zugleich Staatsminister. Selbst für bayerische Verhältnisse ist das etwas zu viel Amigo-Klimbim, so daß Söder auf Distanz geht. Denn im März finden die bayerischen Kommunalwahlen statt. Allzu große Nähe zum unbeliebten Unglückskanzler ist derzeit nicht förderlich, zumal die CSU im Wahlkampf gerne ihre rebellische Seite gegenüber Berlin entdeckt.

Aber – sonst wäre es nicht Söder – eine Hintertür gibt es natürlich. „Es fehlen noch Gutachten“ – daher gelte die Absage erst einmal nur für dieses Jahr, betonte er. Als wenn es zu der Sache noch Gutachten bedürfe. Aber das gibt Söder Zeit abzuwarten, was in einem Jahr opportun ist. So wirklich abgesetzt hat sich die CSU auch dieses Jahr nicht. Christiane Goetz-Weimer, Ehefrau und mittlerweile alleinige Geschäftsführerin von Weimer-Media, kündigte unter anderem die CSU-Politiker Dorothee Bär und Alois Rainer als Teilnehmer an. Also zumindest Weimers Amigos aus dem Bundeskabinett sind dabei. Und nächstes Jahr ist halt nächstes Jahr.



Da hat Daniel Günther ins Schwarze getroffen ...

Demokratie auf Abruf

Entzug passiven Wahlrechts: Die Fragwürdigen Pläne der Justizministerin

Der Übergang unserer Demokratie zur Postdemokratie ist nicht nur von der Einführung eines in Deutschland vor allem im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vermittelten Elitenkonsenses geprägt. Der löst den bisherigen Gegensatz zwischen „Regierung“ und „Opposition“ auf. Und weist mit Abscheu die verbleibende, sich dem Konsens verweigende Opposition als „verfassungsfeindlich“ zurück. Prägend ist auch die weitere Tendenz der Eliten, die ohnehin medial und durch Volkserziehungsagenturen gelenkte Demokratie schrittweise in ein Selbstergänzungsrecht umzudeuten.

In den Medien und der Selbststellung der Parteien wird der Begriff des „Demokraten“ zentral, der eben von den vermeintlich nichtdemokratischen Mitbewerbern abzugrenzen ist. Hierdurch wird letztlich die Existenz einer Art neuer Adelschicht behauptet, die allein für politische Aufgaben legitimiert sei, wohingegen die vermeintlichen Udemokraten auch durch noch so überzeugende Wahlergebnisse keine „wahre“ Legitimation erlangen könnten, da diese eben inzwischen nicht mehr als durch die Wahl vermittelt gilt, sondern aus der Anerkennung durch die Eliten folgen soll.

Die alten Eliten, akut von möglicher Absetzung im Zuge der sich längst abzeichnenden wirtschaftlichen Existenzkrise Deutschlands bedroht, legen inzwischen großen Wert darauf, sich ihre in Frage kommenden Konkurrenten selber aussuchen zu können. Einfachster Ausdruck dessen ist die „Brandmauer“: Nicht die Wahlentscheidung bestimmt, wer mit wem im Parlament zusammenarbeitet, sondern die Gewählten behalten sich zum Nachteil der Wähler vor, deren Entscheidung an der Urne zu einem erheblichen Teil zurückzuweisen.

Zeichen dieser Umdeutung der Wählerdemokratie in ein Selbstergänzungsrecht war etwa der Ausschuß Joachim Pauls von der Bürgermeisterwahl in Ludwigshafen. Von Kritikern wurde sogleich eingewendet, das passive Wahlrecht könne weder durch die politischen Konkurrenten des AfD-Bewerbers im „Wahlaußschuß“ noch vom Landesamt für Verfassungsschutz (das die entsprechende „Munition“ in einem elfseitigen, eher lachhaften „Gutachten“ geliefert hatte), sondern immer nur durch ein Gericht entzogen werden. Jedenfalls im einstweiligen Rechtsschutzverfahren vor der dann

ohne Paul durchgeführten Bürgermeisterwahl verding diese Argumentation aber nicht. Denn es solle nicht das passive Wahlrecht als solches entzogen werden, sondern es fehle an einer beamtenrechtlichen Qualifikation, die ein Bürgermeister als Chef der Kommunalverwaltung nun einmal haben müsse, nämlich die Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Der neue Gesetzesvorschlag der Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) will nun aber ohne Umschweife auf die Aberkennung des passiven Wahlrechts politisch unliebsamer Bundestags- und Landtagskandidaten hinaus.

VON ULRICH VOSGERAU

„Da ein AfD-Verbot kaum erreichbar erscheint, will man offenbar auf eine Art 'Parteiverbot light' hinaus.“



Schon im schwarz-roten Koalitionsvertrag war vereinbart worden, „im Rahmen der Resilienzstärkung unserer Demokratie“ den „Entzug des passiven Wahlrechts bei mehrfacher Verurteilung wegen Volksverhetzung“ einzuführen. Der jetzt konkret vorliegende Gesetzesvorschlag scheint die Verabredung aus dem Koalitionsvertrag sogar noch zu verschärfen, indem er schon die erste Verurteilung genügen läßt. Andererseits soll es aber keinen Automatismus geben, sondern eine richterliche Entscheidung im Einzelfall, und es soll eine Verurteilung bloß zu einer Geldstrafe nicht mehr genügen.

Dieser Plan wurde schon seit geraumer Zeit als „Lex Höcke“ diskutiert (der jedoch noch nie wegen Volksverhetzung verurteilt wurde). Da ein Verbot der AfD kaum erreichbar erscheint – schließlich will diese Partei die Demokratie durch Einführung plebiszitärer Elemente eher ausweiten statt abschaffen, und eine bestimmte Einwanderungs- oder Einbürgerungspolitik schreibt das Grundgesetz eben nicht vor, schon gar nicht im Sinne eines „Verfassungskerns“ –,

will man offenbar auf eine Art „Parteiverbot light“ hinaus. Verboten wird also nicht die Partei, aber praktisch alle Bürgermeister- und Landratskandidaten und dann eben auch manche Abgeordnete. Wer die Regierung künftig kritisiert, wird sich um ein eher leistereterisches Auftreten bemühen, um seine politische Karriere nicht zu gefährden. Und wenn parteiinterne Konkurrenzen schließlich beginnen, einander gegenseitig zu denunzieren, ist endgültig „Feuer unter dem Dach“ der Opposition.

Nach derzeitiger Rechtslage erlischt das passive Wahlrecht automatisch bei einer Verurteilung zu einer Haftstrafe von über einem Jahr. Schon diese Regelung ist verfassungsrechtlich zweifelhaft. Da die Gleichheit aller Bürger im Hinblick auf Wahlrecht und Wählbarkeit absolut unverzichtbar in der Demokratie ist, müßte eine solche Regelung, wenn es sie schon gibt, auf „politische“ Delikte beschränkt sein, wie vor allem die Bestechlichkeit als Abgeordneter oder sonstigen krassen Mißbrauch von Befugnissen aus einem Wahlamt. Im Rahmen des Wahlrechtsentzugs auch nach dem „Volksverhetzungs“-Paragraphen soll man für reine Meinungsäußerungen nun nicht nur ins Gefängnis kommen, sondern auch vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen werden können. Beides paßt nicht zu einer freiheitlichen Demokratie und bildet außerdem ein Problem der Gewaltenteilung – denn warum soll die Judikative entscheiden können, wer sich für die Legislative auch nur bewerben darf?

Ohnehin ist der Volksverhetzungs-Paragraph ein rechtsstaatlicher Alptraum. Die Vorschrift wurde 1872 als „Aufreizung zum Klassenkampf“ in das Strafgesetzbuch eingeführt, sie enthielt 33 Worte und stellte nur die Aufforderung zu Gewalttaten speziell aus klassenkämpferischen Gründen unter Strafe. Davon ist heute nicht mehr die Rede; die seit 1998 bereits zehnmal verschärfte Vorschrift (inzwischen 511 Worte) macht nicht nur jede dezidierte Einwanderungs- oder Masseneinbürgerungskritik zum existentiellen Risiko, sondern verbietet auch die Verharmlosung von in fremden Ländern begangenen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Weswegen deutsche Amtsrichter nun Rechtsfragen zu entscheiden haben, die sonst den UN-Sicherheitsrat oder den Internationalen Gerichtshof in Den Haag beschäftigt hätten.

ZITATE

„Berlin ist die NGO-Hauptstadt Europas, viele Organisationen arbeiten europaweit oder international. Wir fanden eine epistemische Blase vor, in der viele Akteure nicht erkennen, wie politisch und umstritten ihre Arbeit ist. Am erschreckendsten dabei ist: Was sie als wahr oder falsch ansehen, ist oft nur ihre Meinung.“

Andrew Lowenthal, Mitbegründer der gemeinnützigen Initiative Liber-Net, in der NZZ am 12. Januar

„Die Generalbundesanwaltschaft ermittelt seit fast 15 Jahren gegen die terroristische Vereinigung „Vulkangruppe“ und hat in diesen Jahren keine einzige größere Durchsuchung angeordnet. Nach keinem einzigen Tatverdächtigen wird öffentlich gefahndet.“

Ferdinand Knauf, Redakteur, im „Cicero“ vom 12. Januar

„Der Hauptgrund dafür, daß die US-Wirtschaft in den letzten 25 Jahren schneller gewachsen ist als die deutsche Wirtschaft, ist ganz einfach: das Bevölkerungswachstum. Die Bevölkerung der USA ist seit 2000 um über 20 Prozent gestiegen (von 282 auf 340 Millionen). Die Bevölkerung Deutschlands wuchs um 1,6 Prozent (von 82 auf 84 Millionen). Bevölkerungswachstum bewirkt BIP-Wachstum.“

Janis Kluge, Wirtschaftswissenschaftler, auf X am 12. Januar

„Es ist nicht schlimm, wenn man von Goethe überfordert ist. Es ist nicht schlimm, ihn nur in vereinfachter Sprache lesen zu können. Dafür gibt es eine Lösung, sie heißt Realschule.“

Benedikt Brechtken, Kommentator, auf X am 11. Januar

„Es ist schmerzlich zu sehen, wie im Westen der Raum für echte Meinungsfreiheit rapide schrumpft. Gleichzeitig entwickelt sich eine neue Sprache im Orwellischen Stil, die in ihrem Bestreben, immer inklusiver zu sein, letztendlich diejenigen ausschließt, die sich nicht den Ideologien anschließen, die sie befeuern.“

Papst Leo XIV., Kirchenoberhaupt, auf vaticannews.va am 9. Januar

„Die Wahrheit ist zu einem Konzept der Rechten geworden. Man darf sie nicht aussprechen. Denn wenn man sie ausspricht, gilt man als rechts. Und rechts zu sein bedeutet, mit den Mächten des Bösen im Bunde zu stehen. Es ist eine manichäische Zweiteilung zwischen verschiedenen Ideologien. Und diejenigen, die diese Ideologien nicht teilen. Die Ideologien, und die die sie vertreten, dulden keine Meinungsverschiedenheiten, weil sie in den Köpfen ihrer Anhänger für das Gute stehen. Sie stehen für das Gute, Brüderlichkeit, Fortschritt, Vernunft und Bildung. Und jeder, der sich ihnen widersetzt, ist gegen alles Gute. Die Gegner sind also nicht einfach im Unrecht. Mit ihnen kann man nicht diskutieren. Sie müssen entfernt und zum Schweigen gebracht werden.“

Melanie Phillips, Kommentator der „Times“, im Podcast mit John Anderson am 7. Januar

„Das Problem Europas besteht nicht darin, daß Washington Grönland als strategischen Faktor betrachtet. Das Problem ist vielmehr, daß Europa dies selbst weitgehend versäumt hat. Jahrzehntelang wurde Grönland eher als politisch heikles Thema denn als strategische Priorität behandelt. Diese Selbstgefälligkeit ist nun gefährlich geworden. In einer Zeit erneuter Machtkonkurrenz zieht ein Gebiet, das schwach verteidigt, nur locker verwaltet oder von außen abhängig ist, Druck auf sich, unabhängig von seinem rechtlichen Status.“

Justina Budginaite-Froehly, rumänische Verteidigungsexpertin, auf atlanticcouncil.org und am 5. Januar

Aufgeschnappt

Haftbefehl für Goethe und Schiller

Von Matthias Bäkermann

In aktueller Tagesspiegel-Artikel enthielt am 10. Januar eine seit Jahren grassierende Niveaubsenkung in Berliner Gymnasien. So greifen Lehrer zunehmend auf vereinfachte Fassungen klassischer Werke zurück, die seit zwanzig Jahren vom örtlichen Cornelsen-Verlag eigentlich für Hauptschüler mit Leseschwäche entwickelt worden waren. Texte von Goethe oder Schiller werden gekürzt und sprachlich geglättet. So gibt eine Deutschlehrerin im Brennpunktbezirk Wedding unumwunden zu, „aus Zeitgründen“ Lessings „Nathan der Weise“ nur in einfacher Sprache lesen zu lassen. Auch „Faust“ werde nicht mehr im Original gelesen, da diese – selbst in Gymnasien ohne hohen Migrantenanteil – als Zumutung, da sprachlich zu schwer, empfunden werde. Christian Plein vom Fachverband Deutsch sieht das positiv: „In Zeiten, in denen viele Jugendliche – besonders mit Migrationshintergrund – das Lesen kaum beherrschen, ist es unverzichtbar, ihnen komplexere Texte durch einfachere Sprache nahezubringen.“ Noch weiter geht Landesschülersprecher Orçun Ilter: Da vielen Schülern mit fremden Wurzeln deutsche Klassiker „wenig bis gar keine Anknüpfungspunkte“ böten, wären Texte des Rappers „Haftbefehl“ zeitgemäßer.



FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

Bild der Woche

Neujahrsputz

Einmal durchzählen: Während einer Bestandskontrolle im Tropen-Aquarium von Hagenbecks Tierpark in Hamburg putzt der Bereichsleiter die Scheibe. Auf den 8.000 Quadratmetern des beheizten Gebäudes sollen die exotischen Lebensräume samt ihren 350 Tierarten gut zu erkennen sein.